

Digitalgespräch Bonusfolge

Wer hat die Macht im Zeitalter sogenannter „Künstlicher Intelligenz“?

Mit Paul Nemitz, Chefberater der Europäischen Kommission, 17. Dezember 2024

<https://zevedi.de/digitalgespraech-bonusfolge-paul-nemitz/>

[Einleitende Musik, das Gespräch beginnt.]

Marlene Görger [mg]: Aufmerksame Hörerinnen und Hörer des Digitalgesprächs haben sicher bemerkt, dass sich dieser Podcast bereits in einigen Episoden mit Folgen des Auftritts sogenannter „Künstlicher Intelligenz“ auf der ganz großen öffentlichen Bühne beschäftigt hat. Allein der automatisierten Texterzeugung mittels generativer KI-Systeme sind Stand heute bereits drei Folgen gewidmet. In Folge 36 erklärt der Informatiker Chris Biemann, wie es Computern gelingt, selbstständig mit Sprache umzugehen. In Folge 51 legt die Literaturwissenschaftlerin und Autorin Jenifer Becker dar, welche schriftstellerischen Möglichkeiten kreatives Schreiben mit KI bieten kann, und Folge 52 trägt den Titel „KI und der Wert menschlicher Autorschaft“. Gast und Expertin zu diesem Thema war die Schriftstellerin, Übersetzerin und Moderatorin Nina George. Sie setzt sich seit vielen Jahren für Rechte von Autor:innen und Kreativschaffenden ein, die im Zuge der Entwicklung generativer Textsoftware systematisch missachtet wurden und auch in Zukunft massiv bedroht sind. Denn KI-Konzerne eignen sich urheberrechtlich geschützte Werke an, simulieren den Stil von Schriftsteller:innen und entwerten menschliche Kreativität durch Massen computergenerierter, zwar schlechterer, aber eben auch billigerer Texte. Sei es in der Literatur, sei es im Journalismus, sei es in der Wissenschaft. Wer die drei Folgen zum Komplex KI und Text noch nicht gehört hat, dem seien sie wärmstens ans Herz gelegt. Vor allem mit Blick auf die heutige Bonusfolge des Digitalgesprächs. Dazu gleich mehr. Links zu den Episoden finden sich auch in der Beschreibung dieser Bonusfolge. Mein Name ist Marlene Görger, ich bin Physikerin und Technikphilosophin und arbeite für das Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung.

Petra Gehring: Und ich bin Petra Gehring, Professorin für Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt und Leiterin dieses Zentrums, das in Kurzform auch ZEVEDI heißt. Das schon erwähnte Digitalgespräch Folge 52 mit Nina George hatte ein Nachspiel. Es entstand eine Kooperation zwischen ihr und ZEVEDI und gemeinsam luden wir ein Fachpublikum zu einer interdisziplinären Tagung nach Darmstadt ein. „Content? Context! Generative KI und kreative Autorschaft in Wissensarbeit und Literatur“ war der Titel dieser Veranstaltung, eines Symposiums. An zwei Tagen debattierten Expertinnen und Experten die Lage, in der sich schreibende und kreative Menschen sehen, genauso wie an der Literatur und am Kulturbetrieb angeschlossene Branchen, Verbände und Berufsgruppen. Rechtliche Fragen standen dabei besonders im Vordergrund. Wie kann und vielleicht auch sollte man sich wehren gegen Enteignungen, Provokationen und Umwälzungen, die von IT-Firmen ausgehen? Welche rechtliche und technische Handhabe hat man überhaupt? Welche Perspektiven sind hilfreich und produktiv? Wer sind Verbündete? Und welche gemeinsamen Forderungen wollen die Beteiligten mit besonderem Nachdruck in politische Prozesse einbringen? Mit einer großen Zahl von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und interaktiven Elementen kam über zwei Tage hinweg ein vielschichtiges Gesamtbild zustande, in das diese Bonusfolge des Digitalgesprächs nun einen kleinen Einblick bietet. Wir haben Ihnen ein besonders schwungvolles und sehr grundsätzliches Statement mitgebracht. Es handelt sich um einen Impulsvortrag eines

Chefberaters der EU-Kommission für den Bereich Medien, Paul Nemitz. Sein Thema ist Macht in der Digitalpolitik allgemein, aber auch konkret in zuständigen Gremien der EU.

Marlene Görger [mg]: Moderiert hat das Symposium die Amerikanistin Katharina Uppenbrink, Geschäftsführerin der Initiative Urheberrecht. Sie werden sie gleich hören, wenn sie Paul Nemitz vorstellt, bevor er ans Rednerpult tritt. Petra Gehring und ich hingegen verabschieden uns jetzt und freuen uns, wenn Sie uns ab dem 28. Januar zur nächsten regulären Folge des Digitalgesprächs wieder Ihr Ohr leihen. Jetzt aber für Sie Paul Nemitz in Darmstadt am 10. Dezember, begrüßt von Katharina Uppenbrink.

Katharina Uppenbrink: Ich heiße herzlich willkommen im Namen der Veranstalterinnen zum zweiten Teil des Symposiums und wir haben den Block „Datenpolitik, Ethik und die Zukunft der mündigen Geistesarbeit“. Datenpolitik ist ein großes Wort und ich glaube, es kann kaum jemand so umfassend sich dazu äußern wie Paul Nemitz, der Chefberater der Europäischen Kommission, der uns gleich einführende Worte hier geben wird. Paul Nemitz ist Direktor für Grundrechte und Bürgerrechte in der Generaldirektion und hat die Reform der Datenschutzgesetzgebung in der EU mitbegleitet. Die Verhandlung der EU mit den USA bezüglich des Privacy Shields und die Verhandlung mit großen US-amerikanischen Internetunternehmen zu den EU-Verhaltenskodizes, als es um die Themen Aufstachelung zu Gewalt und Hassreden im Internet ging. Wer hat die Macht im Zeitalter sogenannter „Künstlicher Intelligenz“? Wir freuen uns auf Dr. Paul Nemitz.

Paul Nemitz: Vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Wir reden ja hier über das Thema Macht in der Gesellschaft, die Verteilung von Chancen und Risiken in der Datenpolitik, in der Politik der Künstlichen Intelligenz. Auch in der ökonomisch-technischen Realität gibt es Gewinner und Verlierer. Das hat etwas mit der Technik zu tun, aber es hat natürlich auch etwas mit der Politik zu tun. Das Gesetz ist ja der nobelste Sprechakt der Demokratie. Insofern bin ich kein Freund von denjenigen, die immer sagen, zu viele Gesetze, Überregulierung, Innovationshemmnis, sondern in Zeiten, in denen die Demokratie in der Krise ist, müssen wir eigentlich zeigen, dass die Demokratie handeln kann, und sie handelt nun mal durch Gesetz. Und alles, was wir heute Morgen diskutiert haben, ist ja genau die Zuteilung von Chancen und Risiken durch Copyright, durch den AI Act. Und das hat etwas zu tun mit den Machtverhältnissen, die sich ergeben aus den Wahlen. Muss man klar sehen. Die Regulierung, die wir in Europa haben, ist in der Regel zustande gekommen in einer Konstellation, die, ich würde mal sagen, konservativ-neoliberal ist. Da muss man sich immer überlegen: Wir haben jetzt wieder Bundestagswahlen vor uns. Wen wählt man da eigentlich? Und was bedeutet das für diese Zuteilung von Chancen und Risiken? Ich glaube, es ist auch fair zu sagen, dass die Kommission eine Organisation ist, die immer, und eigentlich auch in der Gründungsgeschichte angelegt, immer über den Markt als erstes nachgedacht hat. Wir waren ja zunächst die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, erst später sind wir die Europäische Union geworden. Das heißt, der Schutz von Grundrechten, auch Fragen der Kultur und so weiter, ist viel später dazugekommen. Und insofern nimmt es kein Wunder, dass die Datenpolitik und die Politik der Digitalisierung der Europäischen Union natürlich zunächst mal eine Marktpolitik ist. Es geht darum, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu stärken und mit großer Begeisterung auch natürlich technische Innovation voranzubringen, als Teil von Wachstum und auch Grundlage für Beschäftigung.

Bei der Frage der Künstlichen Intelligenz treffen dann unterschiedliche Interessen aufeinander. Das fand ich jetzt auch heute Morgen ziemlich klar in der Diskussion. Wir haben natürlich in der Kommission das Problem, dass die geistigen Eigentumsrechte abgehandelt werden in der Generaldirektion Industrie – Wachstum, Grow heißt die bei uns – und nicht, wie das in vielen Mitgliedstaaten üblich ist, im Justizministerium. Das führt also dazu, dass wir die gleiche Generaldirektion haben, die sowohl Wachstum der Industrie, übrigens auch der gleiche Kommissar, sie muss KI voranbringen und soll dann aber auch die Interessen der Kreativen, derjenigen, die geistige Eigentumsrechte haben, weil sie sie sich erarbeitet haben, verteidigen. Das ist natürlich schwierig. Da fehlt es so ein bisschen an der Dialektik, die wir ja kennen in diesem Bereich und die wichtig ist. Das ist ein Grundproblem, was wir haben.

Ein anderes Problem ist, dass im Bereich der Digitalisierung viele Politiken, die eigentlich einen Schutzcharakter haben für Grundrechte, inzwischen an die Wirtschaftsministerien übergegangen sind und diejenigen, die sich um Grundrechte und um Demokratie kümmern, da immer nur so wie die Trainer so beim Fußball von der Seitenlinie so ein bisschen reinrufen können, aber die Spieler sind eigentlich andere. Ich sage das mal so in den Raum hinein, weil es mir darauf ankommt, heute vor allem auch die Fragen der Organisation mal zu betrachten, nicht nur wie der Politikbetrieb organisiert ist, wer ist eigentlich federführend für was, sondern es geht natürlich auch bei der Wahrnehmung der Interessen darum, sich zu organisieren, und ich finde, wie das in Deutschland durch die Initiative Urheberrecht und auch durch Nina auf europäischer Ebene gemacht wird, das ist ein wichtiger Schritt, und ich glaube, da muss man weitergehen. Man muss diese Auseinandersetzung mit der Politik der Künstlichen Intelligenz und dann auch mit den Konzernen einfach unter dem Gesichtspunkt der Machtausübung betrachten, und da muss man sich auch dazu bekennen wollen, dass man Gegenmacht organisiert, denn die Politik in Brüssel und auch sonst wo reagiert eben im Wesentlichen auf diese Gegenmacht, wenn sie so gut organisiert ist, dass da auch zum Beispiel mit Blick auf den Wahlkampf denkbare Konsequenzen der Politik dann auch wahrscheinlich erscheinen. Und das ist, glaube ich, die Herausforderung, auch das Grundproblem, es wird da keine befriedigende Lösung geben, die am Ende steht, sondern, ich glaube, meine These ist hier: Der Kampf, der wird immer weitergehen. Das ist wie bei Savigny, der Kampf ums Recht, es wird da immer unterschiedliche Interessen geben und die Diskussion, welche Instrumente man benutzt, die ist da ganz entscheidend und da ist es dann auch entscheidend, wie man die Instrumente dann in Stellung bringt. Also heute Morgen wurde ja diskutiert über die Frage, Klage auf bestehendem Recht oder neues Recht. Ich sage mal so: Neues Recht zu schaffen in Europa ist ein sehr langer Prozess, sehr schwierig mit großen Unwägbarkeiten, wahrscheinlich ist die Konstellation im Europäischen Parlament in der neuen Legislaturperiode im Zweifel für die Autoren und IP-Rechteinhaber eher noch schlechter geworden, sie sind jedenfalls nicht besser geworden. Ich würde also mal tendenziell sagen, es geht jetzt eher darum, das bestehende Recht zu nutzen, zum Beispiel durch Musterverfahren. Und da ist es auch wichtig, dass man das bestehende Recht nicht nur runterredet, sondern sich auch immer überlegt, sind wir in der Lage, Dokumente zu produzieren, die einen Richter auch ermutigen, dann eine uns günstige Entscheidung herbeizuführen. Und da fand ich dieses Gutachten, was zu den IP-Rechten gemacht wurde, einen wichtigen ersten Schritt. Es ist dann immer ungünstig, wenn man irgendwo damit endet und sagt, es muss das Gesetz geändert werden, weil das ist natürlich sozusagen das Argument für den Anwalt der Gegenseite, der sagt dann, ja das sagen die ja selbst, dass das bestehende Gesetz die Rechte nicht schützt, also Herr Richter, entscheiden Sie dann

bitte auch so. Also, das ist auch eine strategische Frage, die Ihr euch überlegen müsst. Ich würde sagen, man muss schon nochmal mit ein paar mehr Professoren reden, Professorinnen und Professoren aus dem Bereich der Rechtswissenschaften und vielleicht auch aus anderen Bereichen und sie bitten, mal sozusagen an die Grenzen dessen zu gehen, was professionelle Auslegung von Gesetzen ist, um Richter zu ermutigen, in Deutschland und auch über die Grenzen Deutschlands hinweg, ich denke da auch an den EuGH, dann Urteile zu fällen, die Euren Interessen Rechnung tragen und näher kommen.

Dann möchte ich noch einen weiteren Gedanken teilen, nämlich das ist die Frage: Können wir eigentlich unsere Interessen in einen größeren Zusammenhang stellen? Das ist natürlich ja immer besser im politischen Diskurs, nicht nur zu sagen, wir wollen hier unser Geld haben und wir haben hier unsere Sektorinteressen, sondern: Was ist eigentlich der größere Zusammenhang? Was mich dabei interessiert und vielleicht auch andere, ist die Frage: Kann eigentlich eine Demokratie, kann eigentlich ein Rechtsstaat damit leben, dass die kreative Klasse enteignet wird, dass ihnen ihre angestammten, erarbeiteten Rechte geraubt werden und dass damit im Zweifel auch die menschliche Kreativität sich in der Gesellschaft reduziert, es reduziert sich Pluralität, es reduziert sich das Frische, das Neue in allen Bereichen der Kultur. Und ich glaube, die Antwort auf diese Frage ist zu finden, wenn wir danach suchen, was eigentlich Innovation in der Gesellschaft voranbringt. Innovation ist ja nicht nur etwas Technisches, sondern auch eine Gesellschaft entwickelt sich ja weiter und diejenigen, die sich in der Politik engagieren, engagieren sich oft mit dem Wunsch, eine bessere Gesellschaft herbeizuführen, und arbeiten in diese Richtung. Was sind eigentlich die Motive, die die Menschen treiben? Das ist die Unzufriedenheit mit dem Hier und Heute, das sind die Träume des Besseren, das ist die ärgerliche Routine, das ist das, was auch einen Richter, der vielleicht zehn Jahre lang so entschieden hat, im elften Jahr dazu führt zu sagen: Nein, das müssen wir jetzt anders entscheiden, denn wir haben das zwar zehn Jahre so gemacht, aber es ist nicht mehr richtig oder es war nie richtig. All diese Motive finden sich überhaupt nicht in der Künstlichen Intelligenz. Die Künstliche Intelligenz führt zu einer Erstarrung in dem Sinne, dass wir nur mit den Daten von gestern und heute reden. All das, was die Menschen zur Reform treibt, zur Innovation in der Gesellschaft, fehlt in der Künstlichen Intelligenz. Es fehlt die Unzufriedenheit, die Frustration mit dem Ärger der Gegenwart, es fehlt der Traum von der besseren Gesellschaft und deshalb ist die Frage, ob die kreative Klasse diminuiert wird und dort vieles, was vielleicht auch dem Halbtagskünstler und dem Halbtagskreativen eine wirtschaftliche Grundlage war, in Zukunft durch KI erledigt wird – Gebrauchstexte, Gebrauchsgrafiken. Das ist eine Grundfrage: Wollen wir eigentlich das Potential für das Frische, für das Neue, für die Reform unserer Gesellschaft, für das Voranschreiten, die Innovation in der Demokratie, wollen wir das eigentlich alles der Abrissbirne der Technologie überantworten, einer Technologie, die immer nur nach hinten schaut, immer nur mit den Daten von gestern und von heute und nichts Normatives hervorbringt? Also ich glaube, das ist eine Diskussion, die man auch im politischen Raum führen muss.

Und dann, als Drittes: Man muss auch die Diskussion darüber führen, ob man eigentlich dem, was die Konzerne sagen, in der politischen Diskussion wirklich trauen kann. Also meine persönliche Erfahrung, und das habe ich mit Matthias Pfeffer in dem Buch „Prinzip Mensch: Macht, Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz“ auch sehr, glaube ich, plastisch beschrieben, ist, dass in der Digitalwirtschaft eine Lügenkultur herrscht, die sich auch im Prozess der

Gesetzgebung und übrigens auch im Prozess der Rechtsdurchsetzung fortsetzt. Das Erstaunliche ist, dass, wenn die Europäische Kommission belogen wird bei der Umsetzung des Wettbewerbsrechts, also zum Beispiel als Facebook WhatsApp übernommen hat, da haben die uns nicht die ganze Wahrheit dessen erzählt, was sie da vorhaben, da können wir eine Strafe auferlegen. Das hat die 100 Millionen Euro gekostet, uns da zu belügen. Aber wenn in Gesetzgebungsverfahren, bei der Vorbereitung neuer Vorschläge macht die Kommission Anhörungen und natürlich macht das Parlament Anhörungen, auch nationale Regierungen machen Anhörungen im Verfahren der Gesetzgebung, wenn da gelogen wird, können wir gar nichts machen. Wir können nicht mal die Unternehmen ausschließen von zukünftigen Anhörungen, sondern dass man sagt, wir haben jetzt ganz klar hier den Beweis, ihr habt uns belogen, also drei Jahre dürft ihr hier nicht mehr auftauchen, und von Geldstrafe oder irgendwelchen anderen Sanktionen mal ganz zu schweigen.

Ich glaube, wir brauchen für diese neue Konstellation von Macht, in der diese Konzerne vieles wissen, was der Staat nicht mehr weiß. Aber der Staat und auch die Gesetzgeber, die Parlamente abhängig sind von diesem Wissen, um überhaupt zu richtigen Ergebnissen zu kommen, die nützlich sind für unsere Gesellschaft, eine Wahrheitspflicht auch im Gesetzgebungsverfahren, die bewährt ist, die strafbewährt ist. Ich kann mir vorstellen, dass das auch ein Thema ist, was Euch zugutekommt. Denn ich glaube, zu Recht beschwert sich die Zivilgesellschaft und auch Eure Verbandsorganisation darüber, dass Ihr nicht so angehört werdet, wie diese Unternehmen. Eine Diskussion über die kontradiktorische Anhörung, dass die Gegenmeinung im Raum ist, wenn der Lobbyist der anderen Seite spricht, ist auch ein Teil einer neuen Diskussion über Wahrheit im Zeitalter der Fake News. Wahrheit im politischen Prozess ist etwas, was natürlich immer prekär war, was aber in Zeiten der Abhängigkeit von technologischem Verständnis, vom Verständnis auch von Geschäftsmodellen, komplexen, sehr schwierigen Technologien, wie der Künstlichen Intelligenz, in den Mittelpunkt treten muss. Und vielleicht dauert es eine Zeit, bis wir uns geeinigt haben über eine strafbewährte Wahrheitspflicht im Gesetzgebungsverfahren. Aber worüber wir uns sicher heute schon einigen können, und das ist übrigens auch Praxis der Europäischen Kommission in vielen anderen Zusammenhängen, ist, dass man Lobbyisten und auch Interessengruppen nicht einzeln nur anhört, sondern dass man sagt, was Du da eben gesagt hast, vielleicht im bilateralen Gespräch, das würde ich gerne nochmal hören, wenn die Gegenseite im Raum ist. Denn weil wir wissen, dass gerade bei diesen Themen hier viel gelogen wird, würde ich sagen, auch zum Schutz der Vernunft, der Wahrheit in unserer Arbeit, ist es wichtig, dass der Lobbyist weiß: Wenn ich hier jetzt lüge, ist ja die Gegenseite im Raum und die wird es aufdecken. Das ist auch für die Europäische Kommission gut, das ist auch für das Parlament gut. Also ich finde es richtig, dass Ihr in den gegenwärtigen Verfahren zur Konkretisierung der Künstlichen-Intelligenz-Verordnung darauf besteht, dass ihr gleichbehandelt werdet. Und ich glaube, man kann darauf bestehen, auch mit mehr Argumenten als nur wieder den Verbandsargumenten, sondern mit dem Argument, dass Gleichbehandlung eben auch Wahrheit bedeutet. Vielen Dank.

[Der Abspann mit Musik beginnt]

Marlene Görger [mg]: Damit ist diese Bonusfolge des Digitalgesprächs zu Ende. Und wir bedanken uns wie immer bei Ihnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, für das Interesse und die Aufmerksamkeit. Wir melden uns wieder nach der Winterpause,

nämlich am 28. Januar 2025 mit der nächsten regulären Folge des Digitalgesprächs, einem Podcast von ZEVEDI, dem Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung.



This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>